

BM Böhling geht auf die bisherigen Entwicklungen hinsichtlich des Flugplatzes Upjever ein. Nach der Entscheidung des Bundesverteidigungsministers vom Mai 2003 war mit einem Verlust von 850 Dienstposten zu rechnen, so dass ein Tätigwerden erforderlich wurde. Kurzfristig wurde daher beschlossen, gemeinsam zu agieren und die heute vorliegende Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Durch die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers vom November 2004, ein Objektschutzregiment einzurichten und die vorhandene Instandsetzungsgruppe 21 zu stärken, kann man zurzeit davon ausgehen, dass auf dem Standort voraussichtlich insgesamt 1.570 Dienstposten vorhanden sein werden. Das bedeutet jedoch immer noch einen Verlust von 530 gegenüber 850 Dienstposten. Ob dies die endgültige Entscheidung ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Das vorliegende Gutachten enthält zahlreiche Hinweise, was auf dem Flugplatz möglich und machbar ist.

Dr. Haensch von der Firma Econ-Consult stellt ausführlich die in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Konversions Centrum in Bonn erstellte Machbarkeitsstudie vor. Das Ergebnis zeigt nur geringe Möglichkeiten der zivilen Mitnutzung auf, da die Erfordernisse der Bundeswehr Priorität haben.

Oberst Pohlmann erklärt hinsichtlich des Verlustes von Dienstposten, Arbeitsplätzen und Kaufkraft, dass viel mehr Menschen im lokalen Umfeld untergebracht werden konnten, als anfangs geglaubt wurde. Er ist der Meinung, dass es nicht zu einem massiven Wegzug von Einwohnern kommen wird, sondern er geht sogar von einem Zuwachs aus.

RV Lahl erklärt im Hinblick auf die Machbarkeitsstudie, dass er seine Erwartungen nicht erfüllt sieht, da bei den Vorüberlegungen nicht berücksichtigt wurde, welche Probleme es gibt und welche Randbedingungen einzuhalten sind. Die möglichen Restriktionen aufgrund der Nutzung durch die Bundeswehr und die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden erst durch das Gutachten aufgezeigt. Trotzdem hält er diese Machbarkeitsstudie für wichtig, da hierdurch die Diskussionen auf das Mögliche beschränkt werden.

BM Böhling erklärt, dass er die Auffassung von Oberst Pohlmann hinsichtlich der Entwicklung der Einwohnerzahl nicht teilen kann. Wenn 530 Dienstposten verloren gehen, dann ist unweigerlich mit einem Einwohnerrückgang zu rechnen und auch Kaufkraft geht verloren. Er bedankt sich bei den Firmen Econ-Consult und BICC für die vorliegende Studie, durch die jetzt realistische Informationen vorliegen und interessante Vorschläge gemacht wurden. Konversion muss nicht zwangsläufig an diesem Standort sein, sie kann auch in der Region stattfinden. Er denkt in diesem Zusammenhang z. B. unter anderem an das interkommunale Gewerbegebiet. Vielleicht besteht die Möglichkeit entsprechende Fördermittel von Land oder Bund zu bekommen.

Landrat Ambrosy erklärt, dass der Landkreis angesichts seiner Größenordnung am heftigsten von der Bundeswehrstrukturreform betroffen wurde, und zwar durch die Schließung des Standortes Wangerland im letzten Jahr, den Rückgang der Arbeitsplätze hier in Upjever und die Schließung des Standortes Varel. Er bedankt sich für das Gutachten, das realistisch aufgezeigt hat, was möglich ist. Wie schon von BM Böhling erwähnt, sollten alle Städte und Gemeinden im Landkreis und der Landkreis selbst mit Nachdruck alle politischen Verantwortlichen auffordern, diese Region nicht allein zu lassen. Bei allen Förderanträgen muss darauf geachtet werden, dass eine Kompensation für den Verlust dieser Arbeitsplätze erfolgt. Eine wichtige Einrichtung für diese Region ist der JadeWeserPark und Bund und Land sind gefordert, notwendige Hilfe hierfür zu geben. Mit Blick auf das Konversionsprojekt im Wangerland weist er jedoch darauf hin, dass heutzutage nicht auf private Investoren verzichten kann, da der Staat nicht in der Lage ist, alles zu leisten. Auch im Hinblick auf Varel muss Gemeinschaftsarbeit geleistet werden. In unserer Region ist es fast unerheblich, wo Arbeitsplätze geschaffen werden, wichtig ist nur, dass welche geschaffen werden. Ebenso wichtig ist, regionale Entwicklungskonzepte in allen Bereichen weiter fortzuschreiben.

RM Eggerichs fragt Herrn Oberst Pohlmann, ob es nicht vielleicht am sinnvollsten sein kann, auf eine zivile Mitbenutzung zu verzichten, um die verbleibenden Dienstposten nicht zu gefährden.

Oberst Pohlmann erklärt, dass nicht klar ist, ob in den 1.570 Dienstposten das Objektschutzbataillon enthalten ist. Nach seinem Kenntnisstand soll die Instandhaltungsgruppe Erding geschlossen werden. Das kann bedeuten, dass diese Instandhaltungsgruppe nach Upjever verlegt wird und dann zwei Regimenter vor Ort wären. Logischerweise wird die Bundeswehr bei einer derartigen Planung die vorhandenen Shelter nicht freigeben. Zu dem Zeitpunkt, als die Studie erstellt wurde, war diese Entwicklung nicht bekannt und konnte daher auch nicht berücksichtigt werden. Heute sind alle Shelter voll belegt und das wird über Jahre so bleiben. Doch nicht nur die Shelter, sondern die Rollflächen und alle anderen Infrastruktureinrichtungen werden weiter benötigt. Eine zivile Nutzung wird sich nie negativ auf vorhandene Dienstposten auswirken, weil eine Nutzung der militärischen Einrichtungen durch die Bundeswehr vorrangig ist. Seiner Meinung nach kann man, was den Fliegerhorst betrifft, positiv in die Zukunft blicken.

RM Torkler erklärt im Namen seiner Fraktion, dass die Machbarkeitsstudie eine Enttäuschung darstellt. Sie wurde im April 2003 in Auftrag gegeben, im Oktober fertig gestellt und liegt heute zur Beratung vor mit dem Hinweis, dass die Arbeitsgruppe noch im November getagt hat. Für ihn stellt sich die Frage, warum die Arbeitsgruppe dann die gravierenden Fehler z. B. hinsichtlich der Zahl von Arbeitsplätzen bei verschiedenen Firmen nicht festgestellt hat. Seine Fraktion hatte der Auftragsvergabe für diese Studie nicht zugestimmt. Maßgebend hierfür war die Tatsache, dass keine Zeitschiene erkennbar war, zu der bestimmte Teilflächen oder einzelne Immobilien dieses Standortes für eine militärische Nutzung aufgegeben werden und für weitere Überlegungen zur Verfügung stehen würden. Bei der Beratung über die Auftragsvergabe sei seitens der Mehrheitsgruppe zunächst der Hinweis erfolgt, bis Herbst 2004 abzuwarten, da dann mit Sicherheit Informationen der militärischen Führung zu erwarten seien. Heute wird diese Aussage vom Kommandeur bestätigt. Da Art und Umfang der zivilen Nutzung noch nicht abschließend festgelegt werden konnten, war es seines Erachtens zu früh, konkrete Diskussionsvorschläge zu unterbreiten und ein räumliches Gutachten zum Konzept konnte für den Flugplatz daher nicht entwickelt werden. Ein wichtiger Hinweis, den man der Studie entnehmen kann ist die Aussage, dass für die Urlaubsströme der Urlauber ein Zivilflugplatz erforderlich ist. Seiner Meinung nach sollten alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden den Landkreis Friesland zusammen mit der Stadt Wilhelmshaven ermutigen, parallel zur Entwicklung des JadeWeserPorts und in diesem Zusammenhang des interkommunalen Gewerbegebietes JadeWeserPark die Weiterentwicklung des Flugplatzes Mariensiel voranzutreiben, damit dort Maschinen bis 14 Tonnen eingesetzt werden können. Hinsichtlich des Gutachtens liegen Entscheidungen vor, die seine Fraktion zur Kenntnis nehmen wird, aber weitere Schritte, wie damit umzugehen ist, werden sie nicht mitbeschließen.

BM Böhling erklärt, dass durch das vorliegende Gutachten festgestellt wurde, was auf dem Flugplatz möglich ist und was nicht und das stand auch immer im Vordergrund. Durch das Gutachten werden realistische Chancen und Möglichkeiten eröffnet. Wenn Maßnahmen an diesem Standort nicht durchführbar sind, dann muss man sehen, dass Wirtschaftsförderung an anderen Stellen verwirklicht wird. Wäre die Entscheidung des Verteidigungsministers im November 2004 negativ ausgefallen, wäre die Kritik sehr groß gewesen, wenn dann kein Gutachten vorgelegen hätte.

Dr. Haensch nimmt zu den vorherigen Ausführungen Stellung und erklärt, dass Entfernungen oder die Zahl von Arbeitsplätzen für die Endaussagen der Studie keine Rolle spielen, Priorität wurde u. a. gesetzt hinsichtlich der Prüfung der rechtlichen Fragen. Bezüglich der Frage nach dem richtigen Zeitpunkt ist er der Meinung, dass dieser im Hinblick auf die weiteren Schließungen in Niedersachsen bzw. bundesweit seit November richtig gewählt war. Auf Bundesebene wurde zwischenzeitlich eine Arbeitsgruppe Konversion eingerichtet, die zur Aufgabe hat, den betroffenen Kommunen Hilfe anzubieten. Schortens hat durch die vorliegende Studie einen gewissen Vorsprung gegenüber den anderen betroffenen Kommunen und sollte diese Chance nutzen.

BM Harms ist ebenfalls der Meinung, dass der Zeitpunkt für die Studie richtig gewählt war. Die jetzige Entwicklung konnte nicht vorhergesehen werden. Er ist der Meinung, dass man die Sache jetzt nicht zerreden darf. Die Arbeitsgruppe hat sich viele Gedanken gemacht und man sollte gemeinsam optimistisch in die Zukunft sehen. Er bedankt sich für die Vorstellung des Gutachtens.

RV Lahl bedankt sich bei den Teilnehmern. Die Gemeinde Schortens hat den Beteiligten ihre Beschlussempfehlung vorgelegt und er stellt die Frage an den Landkreis Friesland und die Stadt Jever, ob es grundsätzliche Bedenken hiergegen gibt.

Landrat Ambrosy erklärt nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Kreiswirtschaftsausschusses, dass die Beschlussempfehlung der Gemeinde Schortens so in die Gremien des Kreises übernommen werden kann. Das gleiche bestätigt er ebenfalls als Vorsitzender für den Kreisausschuss.

BM Harms erklärt, dass er dies noch nicht bestätigen kann, da die Angelegenheit demnächst erst in den Gremien vorberaten wird.

Die gemeinsame Sitzung wird nach diesen Diskussionen beendet.

In öffentlicher Sitzung wird wie folgt weiterverhandelt: